Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pf.

Verlag: „Arbeiterstimme", Dresden-Altstadt · Geschäftsstelle und Expedition: Güterbahnhofstraße 2 · Fernsprech-Sammelnummer 17259 · Postscheckkonto: Amt Dresden Nummer 18563. Emil Schlegel

Organ der KPD.
Sektion der Kom. Intern. (Bezirk Ostsachsen)

Schriftleitung: Dresden-A., Güterbahnhofstr. 2 · Fernsprecher: Amt Dresden Nummer 17259 · (Drahtanschrift) „Arbeiterstimme" Dresden · Sprechstunden der Schriftleitung: Wochentags nachmittags von 3—4 Uhr (außer Sonnabends)

Beilagen: Der Rote Stern · Die Kommunistin · Der Kom. Gewerkschafter · Der Kom. Genossenschafter · Wirtschaftl. Rundschau · Kunst und Wissen

2. Jahrg. | Bezugspreis für den Monat frei ins Haus 2 RM. (halbmonatlich 1 RM.), durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Bestellungsgebühr) · Im Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises · Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen | Dresden, Dienstag, 26. Januar 1926 | Anzeigenpreis: Die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 0,30 RM., für Familienanzeigen 0,20 RM., die Reklamezeile entsprechend an den bevorzugten Textstellen 1,25 RM. · Anzeigen-Annahme tags vorher bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition | Nr. 21

Gemeinsame Front gegen die Monarchisten

Der gemeinsame Gesetzentwurf eingereicht

Berlin, 26. November. (Eigener Drahtbericht.)

Gestern begaben sich Genosse Ernst **Thälmann** für die KPD., Dr. **Kuczinsky** für den Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids zur Fürstenabfindung, sowie Otto **Wels** und Ludwig für die SPD. zum Reichsinnenministerium und beantragten beschleunigte Zulassung eines Volksbegehrens und Bekanntgabe der Eintragungsfrist. Die Vertreter erklärten, daß die Eintragungsfrist mindestens 14 Tage betragen soll, daß ferner zwischen der Bekanntgabe der Eintragungsfrist und dem Beginn eine Frist von 3 Wochen sein soll. Nach Erledigung dieser Formalitäten erklärten **Thälmann** und Dr. **Kuczinsky** folgendes:

„Mit Rücksicht darauf, daß die Kommunisten und der Ausschuß zur Durchführung des Volksentscheids zur Fürstenenteignung sich mit der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zu einem einheitlichen Volksbegehren zusammengeschlossen haben, ziehen wir hiermit den Antrag, im Falle der Zulassung des jetzt eingereichten gemeinsamen Antrages auf ein Volksbegehren, den von der KPD. am 18. d. Mts. gestellten Zulassungsantrag nicht weiter zu verfolgen."

Ueber die gemeinsame Aufbringung der Unkosten (Listen usw.), sowie über die gemeinsame Finanzierung der Plakatierung des Gesetzentwurfes in ganz Deutschland finden heute Verhandlungen zwischen den beteiligten Organisationen statt. Jetzt gilt es, überall **Einheitskomitees zu bilden**, die die Durchführung führen und die Kräfte des Proletariats für weitere Schritte zusammenzufassen.

Der erste Schritt einer breiten Einheitsfront ist durchgeführt. Jetzt gilt es, mit aller Entschiedenheit und ohne Schwankungen auf dem Wege weiterzugehen. Duldet die Arbeiterschaft keine Schwankungen, führt sie aus Betrieb und Werkstatt den Kampf mit aller Kraft, dann wird es gelingen, die monarchistische Front zu zerschlagen. Beim Volksentscheid gegen die Raubfürsten ist die Arbeiterschaft in der Lage, die antimonarchistische Front weit in die Lager der Kleinbürger hineinzutragen. Alle die gequälten, durch den Steuerfiskus gedrückten Kleinbauern, die durch die Inflation enteigneten Kleinbürger sind zu gewinnen und können gewonnen werden. Mit der restlosen ernstlichen Durchführung des Volksentscheids werden die Monarchisten einen empfindlichen Schlag erleiden. Dieser Kampf aber kann die Arbeiter zusammenschweißen zu weiteren Kämpfen. Gerade die jetzt von der Reichsregierung angekündigten Diktaturbestrebungen, das freche Auftreten der Offiziere Geßlers über die Marinemeuterei zeigen, wie dringend geboten eine solche **Einheitsfront** ist.

Das Bürgertum zittert vor dem gemeinsamen Aufmarsch. Warnend und drohend richtet es sich an die SPD. Der „Anzeiger" schreibt gestern zum Volksentscheid:

„Man sieht, daß es sich bei dem Vorgehen gegen die Fürsten im Grunde genommen für die roten Parteien um nichts anderes handelt, als um ein innerpolitisches Manöver großen Stiles. Was der Kommunismus im Verein mit der Sozialdemokratie will, das ist überhaupt nicht so sehr eine Regelung der Eigentumsverhältnisse der Fürstenhäuser, sondern durchaus in erster Linie innerpolitischer Machtkampf. Darum geht es heute und darum bringen gerade jetzt die roten Parteien ihren taktischen Entwurf ein, obwohl sie dazu seit der Revolution weit früher Zeit gehabt hätten.... Man griff zuerst auf kommunistischer Seite den unerschöpflichen Agitationsstoff der Fürstenfrage auf und kalkulierte richtig, daß die Sozialdemokratie nolens volens einfach folgen mußte. Das geschieht nun dem äußeren Vorgange nach in der gemeinsamen Aktion. Aber auch die Sozialdemokratie wird und muß sich sagen, daß in der roten Front die **Führung dem Kommunismus zufallen muß**, wenn die Aktion wirklich einmal so gelingen sollte, wie sie jetzt im Gewande schöner agitatorischer Worte vor den Massen erscheint. Es handelt sich um weit mehr als um die Fürsten und ihr Vermögen, wenn die Räder erst einmal in das Rollen kommen!... Wird mit der Durchführung dieser taktischen Idee wirklich restlos ernst gemacht, dann kann die Sozialdemokratie gleichsam die Fabel vom Zauberlehrling an sich erleben und es vielleicht einmal bedauern, wenn sie die Geister nicht mehr los wird, die sie rief."

Aus diesem Gestammel spricht die ganze Furcht des Bürgertums vor der roten Front. Die Arbeiter werden aus diesem Verhalten des Bürgertums erkennen, daß sie auf dem richtigen Wege sind und auf diesem Wege fortmarschieren.

Massenaufmarsch gegen die Raubfürsten

Berlin, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Hier fanden gestern drei von dem Ausschuß zur Durchführung eines Volksentscheids zur Fürstenenteignung einberufene öffentliche Versammlungen statt. Die Säle waren lange vor Beginn überfüllt. Bemerkenswert ist die Zusammensetzung der Versammlung. Außer sozialdemokratischen und kommunistischen Arbeitern waren zahlreich von Reichsbannerleuten, kleine Geschäftsleute und Beamte anwesend. Die Ausführungen der Redner, die die Einheitlichkeit der Aktion und ihre Steigerung und Weiterführung im Kampfe gegen den räuberischen Kapitalismus betonten, fanden begeisterte Zustimmung. Der Massenbesuch und die glänzende Stimmung der Versammlung beweisen, daß die von der KPD. eingeleitete und geführte Bewegung in breitesten Kreisen Wurzel geschlagen hat.

Auch die Reformisten fürchten die Einheitsfront

Düsseldorf, 26. Januar. (Eigener Drahtbericht.) Die sozialdemokratische „Volkszeitung" veröffentlichte am Sonnabend folgenden Aufruf der freigewerkschaftlichen Kartelle: „Der Bundesvorstand des ADGB. hat die Vermittlung in der Sache des Volksentscheids der Fürstenabfindung übernommen. Der Ortsausschuß Düsseldorf wird, sobald die Angelegenheit geklärt ist, die notwendigen Schritte zu einem Zusammenwirken einleiten. Bis dahin bitten wir, keine Abmachungen und Entscheidungen zu treffen. Wir fordern die Arbeiterorganisationen auf, die von der Bezirksleitung Niederrhein der KPD. angesetzten Sitzungen nicht zu besuchen. Solche örtlichen Abmachungen sind nur geeignet, die Geschlossenheit zu untergraben. Durch einseitige isolierte Beeinflussung der örtlichen Arbeiterbewegung würden Verwirrungen hervorgerufen, die der Sache schaden und über die sich die Interessenvertreter der Fürsten nur freuen können. Der Ortsausschuß Düsseldorf der Afa und des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes."

Fürstenenteignung!

Wofür ist Hörsing?

Am Sonnabend wurde der gemeinsame Gesetzentwurf der KPD., SPD. und des Ausschusses zur Durchführung des Volksentscheides fertiggestellt; am **Montag ist der Entwurf dem Reichsinnenministerium überreicht worden.**

Es hat lange gedauert, und **des gesteigerten Drucks der sozialdemokratischen Arbeiter bedurft**, ehe sich die sozialdemokratischen Führer entschlossen, beim Volksentscheid für entschädigungslose Enteignung der ehemaligen Fürsten mitzumachen.

Sie machen jetzt mit. **Es kommt darauf an, daß der Druck der Arbeiter nicht nachläßt.** Denn schon machen sich sozialdemokratische Führer bemerkbar und veröffentlichen Artikel, die dem Volksentscheid für **entschädigungslose Enteignung** **entgegen**stellen.

Da ist Herr **Hörsing**. Herr Hörsing ist Vorsitzender des Reichsbanners und nicht irgendwer. Er ist prominentes Mitglied der Sozialdemokratie, die den Gesetzentwurf mit eingereicht hat. Otto Hörsing veröffentlicht im „Hamburger Echo" einen Artikel „Republik und Fürstenabfindung". Der Artikel könnte ebensogut in einem demokratischen Blatt stehen. Denn abgesehen von der sehr richtigen Tatsachenfeststellung, daß die Potentaten die Massen des werktätigen Volkes in das heutige Elend mit hineingeführt haben, abgesehen davon, daß Otto Hörsing die Frechheit der fürstlichen Gauner anprangert, was fordert er konkret?

Wir lesen:

„Für die Republik ist die Fürstenabfindung **auf der Basis der ungeheuerlichen Ansprüche einfach untragbar.**"

Soll das heißen, daß die Fürstenabfindung auf anderer Basis tragbar wäre?

Sollte das heißen, daß man über die Basis verhandeln kann, daß man wie beim Pferdehandel, wenn der eine eine Mark fordert, 10 Pfennig bietet und sich nachher auf vierzig oder fünfzig Pfennig einigt?

Otto Hörsing möge eine klare Sprache führen. Zum Schluß schreibt er:

„Sollten die Beratungen im Rechtsausschuß und später im Plenum des Reichstages die Frage der Fürstenabfindungen in einer dem Ansehen und den **Interessen der Republik** abträglichen Weise entscheiden, wird es Aufgabe der Republikaner sein, den Volksentscheid herbeizuführen."

Kein Wort über den Vorschlag der KPD. und SPD.! Kein Wort über die Verhandlungen, die zur Zeit der Veröffentlichung des Hörsingschen Artikels im Gange waren!

Wir können nicht annehmen, daß Otto Hörsing nichts davon gewußt hat. Denn Otto Hörsing ist nicht irgendwer; er ist Vorsitzender des Reichsbanners und prominenter Sozialdemokrat! Warum nimmt er keine Stellung?

Warum schweigt er zu den Verhandlungen und hofft auf den Rechtsausschuß des Reichstages, wo jedes politische Kind heute weiß, daß dieser Reichstag und sein Rechtsausschuß den ausgekrachten Fürsten nicht wehe tun werden?

Wir glauben, daß eine offene Stellungnahme für oder gegen entschädigungslose Enteignung nicht nur die **Millionen Werktätigen**, sondern auch ganz besonders die Arbeiter im Reichsbanner interessieren würde!

Herr Hörsing mag antworten. Ist er für oder gegen? Die Antwort der Arbeiter wird nicht ausbleiben!

Völkische Ueberfälle gegen Reichsbannerleute

Gotha. Auf dem Nachhauseweg von einer Reichsbannerkundgebung wurde der Reichsbannerführer Hörsing, der sich in Begleitung von acht Reichsbannerleuten befand, von einer völkischen Horde überfallen. Drei Reichsbannerleute wurden mit allen möglichen Mordwaffen im Dunkel eines Gartens, von hinten, schwer verletzt. Hörsing gelang es, in sein Hotel zu entkommen.

Die Ermordung unserer Matrosen-Kameraden

und die Schuld der USP.

Von A. **Kebe**, ehem. Oberheizer auf „Moltke"

Dittmann enthüllt. Er gibt der Oeffentlichkeit Kenntnis von den Vorgängen bei der Flotte, die sich im Juli 1917, also vor 9 Jahren ereignet haben, und durch die nationalistische Presse als Meuterei, Verschwörung und ähnlich bezeichnet werden, an der die USP. schuld sein soll. Dittmann „enthüllt", daß das **nicht** zutrifft. Und er hat Recht. Was er sagt, stimmt: Die USP. war weit davon entfernt, auf die Soldaten im allgemeinen und auf die Marine im besonderen revolutionär einzuwirken, den imperialistischen Krieg in den Bürgerkrieg umzuwandeln, die proletarische Revolution zu organisieren, die Waffen gegen die herrschende Klasse zu richten, um diese niederzukämpfen und die Herrschaft des Proletariats aufzurichten, wie es Lenin lehrte, und wonach das russische Proletariat im Oktober 1917 handelte. Was sich auf den Schiffen der deutschen Flotte im Juli 1917 ereignete, war nicht einmal ein schwacher Ansatz dazu. Es gab damals in Deutschland nur wenige, die Lenins Leben kannten, es gab keine Bolschewiki, auch nicht bei der Marine. Es gab bei der Marine auch keine „Spartakus"-Anhänger. Ich glaube sagen zu können, daß auf nicht einem Schiffe die Spartakus-Briefe bekannt waren. Der Wille zur Revolution, das bewußte Daraufhinarbeiten war nicht vorhanden. Und die Schuld der halben USP.-Führer war es ja gerade, daß sie den Frieden als Ziel aufstellten, uns aber nicht den revolutionären Weg dazu zeigten. Es gab bei der Marine nur Anhänger, teils frühere Mitglieder der Sozialdemokratie. Auch ich gehörte zu ihnen. Wir kannten das Erfurter Programm, besonders interessierte uns der Absatz über die Stellung zum Krieg. Was darüber im Erfurter Programm stand, entsprach unserer Auffassung. Mehr nicht. Wir sahen, daß die Sozialdemokraten nicht nach ihrem Programm handelten, sondern den Militaristen die Kriegskredite bewilligten. Das verstanden wir nicht. Viele von uns sehnten sich nach Beendigung des Krieges. Blieb uns doch das Elend, die Not durch den Krieg verursacht, nicht unbekannt. Wir spürten es ja am eigenen Leibe. Die Verpflegung war hundsmiserabel für die Mannschaften, die Offiziere schwelgten, sie lebten gut. Sie hatten gut reden von Durchhalten. Wir aber wollten den Frieden. Als dann die 19 unabhängigen Sozialdemokraten sich gegen weitere Bewilligung von Kriegskrediten erklärten, wurden unsere Hoffnungen auf baldigen Friedensschluß lebendig. Unsere Sympathien wandten sich ihnen zu. Ueberhaupt gehörte unsere Sympathie allen, die gegen die Fortführung des Krieges waren. Die Forderung eines „Friedens ohne Annexionen und Kontributionen", wie sie die USP. aufgestellt hatte, fand unseren Beifall. Für die Stockholmer Konferenz zeigten wir ein großes Interesse.

Um unsere Friedenssehnsucht zu dokumentieren, sammelten wir Unterschriften. Aus eigenem Antrieb, nicht aufgefordert durch die USP.

Das war damals unsere politische Tätigkeit. Kein Mensch bei uns dachte an bewaffneten Aufstand. Sonst kümmerten wir uns nur um Bordangelegenheiten, wie Verpflegung und Dienst. Im verstärkten Maße taten wir das, als wir auf Anweisung des Kommandos März 1917 eine sogenannte Beschwerdekommission bildeten. In dieser Tätigkeit erblickten die kriegsbegeisterten, weil gutgenährten, Offiziere ein Verbrechen.

Wenn heute, nach neun Jahren, **Dittmann** feststellt, daß die Erschießung von **Koebes** und **Reichpietsch** ein Verbrechen, ein Mord war, so hat er auch hierin bestimmt recht. **Warum wurden die Mörder und Verantwortlichen an dem Mord 1918 aber nicht zur Rechenschaft gezogen? Das ist die Schuld der damaligen USP.-Führer, das ist die Schuld des ehemaligen Rates der Volksbeauftragten!**

Ich habe gelernt aus diesen Dingen und erkannt, daß lediglich der Weg, den die russischen Bolschewisten im Oktober 1917 gegangen sind, der richtige ist. Während wir in Deutschland uns in Illusionen über die Stockholmer Friedenskonferenz wiegten, bereiteten sie den Entscheidungskampf mit der bis dahin herrschenden Klasse vor. Sie haben die Schlacht gewonnen und die Verbrecher am Proletariat der verdienten Strafe zugeführt.

Die Erstickung der proletarischen Revolution in Deutschland ist durch die Halbheiten der USP.-Führer verschuldet. Anstatt uns schon 1917 den revolutionären Weg zu weisen, haben sie bei uns Illusionen über den guten Willen des kapitalistischen Regimes genährt. So kam es, daß dieses Regime unsere Kameraden **Reichpietsch** und **Koebes** vorsätzlich ermorden konnte, ohne daß diese und ihre Kameraden überhaupt eine Gefahr für das herrschende Regime gewesen wären.